

## Wichernempfang der Diakonie Deutschland

11. April 2019, 18.00 Uhr

im Paul Gerhard Stift,  
Müllerstraße 56-58, 13349 Berlin

Ali Ertan Toprak,  
Präsident der BAGIV – Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant\*innenverbände in  
Deutschland e.V

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Präsident Lilie,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Diakonie bedeutet: den Menschen achten und wertschätzen, unabhängig von seinem Alter,  
seiner Gesundheit, seinem Geschlecht, seiner Herkunft. Gemeinschaft verwirklichen – diese  
Vision steht hinter allen Angeboten und Leistungen.

Viele Migrant\*innen und Migrantinnen haben in den letzten Jahrzehnten diese Unterstützung  
der Diakonie erhalten.

Dafür sind wir als BAGIV der DIAKONIE unendlich Dankbar!

Daher bin ich selbstverständlich der Einladung des Präsidenten der Diakonie sehr gern  
gefolgt.

Zugleich war ich positiv überrascht, dass ich als Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Immigrant\*innenverbände in Deutschland (BAGIV), also dem Spitzenverband der  
„säkularen“ Migrant\*innenverbände, von der Diakonie eingeladen worden bin. Zumal ich für  
meine deutlichen und selbstkritischen Beiträge in Fragen der Migration vom Kanzleramt  
über viele gesellschaftliche Akteure bis in linksliberale Kreise hinein gefürchtet bin.

Sie werden sich sicherlich fragen, warum?

Nun, ja die letzten Jahre waren voller gesellschaftlicher und politischer Umbrüche und  
Widersprüche.

Einer dieser Widersprüche ist z.B. dass die Integrationsdebatte vollkommen religionisiert  
worden ist.

Wenn wir fast seit zwei Jahrzehnten bis heute über Integration reden, reden wir eigentlich  
nur noch über den Islam und die Muslime.

Obwohl die Migrant\*innen in unserem Land nicht nur aus Muslimen bestehen. Ja, nicht Mal alle  
Menschen, die aus den mehrheitlich muslimischen Ländern zu uns gekommen sind, sind alle  
Muslime.

In den öffentlichen Debatten reden wir immer nur von 5 Millionen Muslimen, obwohl nicht Mal 15-20% dieser Menschen in den Moscheeverbänden organisiert sind.

Obwohl die Religion nur eine von vielen Identitäten oder Facetten dieser Menschen ist und für viele nicht unbedingt die wichtigste.  
Denn viele sind nur Kulturmuslime oder säkular eingestellte Muslime.

Für viele hat die Religion gar keine Bedeutung, weil sie entweder Agnostiker oder auch Atheisten sind.

Aber es sind auch viele „nicht“-Islamische religiöse Minderheiten aus islamischen Ländern nach Deutschland gekommen.

Alle diese Menschen werden in einen Topf geworfen und von den Medien und Politik zu einem monolithischen muslimischen Einheitsblock gemacht. Aber mit diesen Zahlen wird Politik gemacht.

Und zwar von allen Seiten.

Aber vor allem zunehmend von den meisten islamischen Verbänden um natürlich die eigene Agenda durchzusetzen.

Nehmen wir die größte Gruppe der Migranten aus der Türkei. Man spricht immer pauschal von drei Millionen Türken und drei Millionen Muslimen aus der Türkei. Dabei sind Mindestens 1/4 bis 1/3 der Menschen alevitischer Herkunft. Dann kommen christliche Minderheiten wie Assyrer/Aramäer, Armenier oder andere Glaubensgemeinschaften wie Jesiden etc.

Daher sollten wir endlich aufhören, diese Menschen alle zu Muslimen zu machen.

Denn die säkularen Migrantenorganisationen und nichtmuslimische Migrantenorganisationen hatten durch die Islamisierung der Integrationsdebatte einen schweren Stand in den letzten Jahren.  
Alles drehte sich nur noch um Religion und Islam.

Wir fanden gar nicht mehr statt.

Der Dialog mit uns wurde immer weniger, ja an vielen Stellen riss der Dialog sogar ab. Gerade die Kirchen und kirchennahe Organisationen haben sich nur noch auf den interreligiösen Dialog konzentriert und da auch nur ausschließlich auf einen Dialog mit den Islamverbänden.

Die allesamt Vertretungen des politischen Islams darstellen. Die Vielfalt muslimischen Lebens wurde dabei völlig ausgeblendet.

Der Präsident der Diakonie Deutschland, Ulrich Lilie, hat letztes Jahr dazu aufgerufen, die Distanz zu anderen Menschen zu überwinden und einander zuzuhören. Er sagte beim Jahresempfang im letzten Jahr, es brauche den „konstruktiven Streit“, um miteinander voranzukommen in einer Gesellschaft, die älter, bunter und ungleicher werde. „Vor dem Handeln stehen im glücklichen Fall das Hören und das Hinsehen“, sagte Lilie.

Aber genau dieses Angebot zum „konstruktiven Streit“ hatten wir die letzten Jahre von anderen wichtigen gesellschaftlichen Akteuren vermisst. Wir sind z.B. sehr unglücklich darüber gewesen, dass vor allem die Kirchen uns die „säkularen“ Migrantenverbände anscheinend zunehmend als religionsfeindlich empfunden haben.

Nur weil wir uns gegen den politischen Islam positioniert haben?!

Das ging soweit, dass sogar der Stiftungschef der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“, ein ehemaliger evangelischer Pfarrer, vor drei Jahren liberalen Muslimen, orientalischen Christen und Aleviten eine Mitschuld für Islamfeindlichkeit gegeben und in einer Broschüre diese Gruppen öffentlich an den Pranger gestellt hat.

Hier wurde die Argumentation der reaktionären muslimischen Verbände unkritisch übernommen.

In diesem Fall ist eindeutig eine rote Linie überschritten worden.

Es findet eine Täter-Opfer-Umkehrung statt. „Verfolgte Gruppierungen aus den islamischen Ländern werden an den Pranger gestellt – und das im Namen des Antirassismus.“ Man kann kaum noch etwas Islamkritisches sagen, ohne in die rechte Ecke gestellt zu werden.

Die Agenda des politischen Islams ist die Muslime im Westen in erster Linie zu Opfern zu stilisieren.

Das war mir spätestens klar, als der DITIB-Vertreter im Jahre 2007 bei der Deutschen Islam Konferenz den Begriff der Islamophobie mit dem Antisemitismus gleichsetzte, in dem er sagte „Wir Muslime sind die Juden von heute!“

Interessant war, dass weder von staatlicher Seite noch von anwesenden Wissenschaftlern zunächst überhaupt kein Widerspruch kam, sondern ich als erster -damals noch als Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschlands- dagegen protestiert habe. Warum darf man den politischen Islam in Deutschland nicht kritisieren?

Timothy Garton Ash hat den schönen Begriff der «robusten Zivilität» geprägt. Das wäre in der Tat die Voraussetzung für eine andere Kultur in Deutschland: eine Debatte, die Rede und Gegenrede zulässt, ohne immer gleich moralisch zu stigmatisieren oder mit Ressentiments zu hantieren.

Der Raum des Sagbaren darf allein durch zwei Grenzen markiert sein. Die eine Grenze ist Artikel eins des Grundgesetzes, die Menschenwürde. Die andere ist das völkische Denken. Diesseits davon muss alles erlaubt sein.

Demokratie besteht aber nicht nur aus Wahlen. Sie ist weit mehr. Zur Demokratie gehört die Akzeptanz der Werte der politischen Kultur der Demokratie, wie etwa Pluralismus, individuelle Menschenrechte und säkulares Recht. Diese sind, als Ergebnis der europäischen Aufklärung, unverhandelbare Werte. Sie machen eine offene und freiheitliche Gesellschaft erst möglich.

Wir alle wissen, dass die konkrete Lebenswelt eines Landes nicht nur aus der Beachtung seiner Gesetze besteht.

Die Empörung über Leitkultur ist unsinnig. Empören müssen wir uns über die Tatsache, dass man trotz eines erfolgreichen Integrationsprozesses, also selbst bei Integration in eine Leitkultur in Deutschland bis heute nicht als vollwertiger Deutscher akzeptiert wird.

Linksliberale Intellektuelle und manche selbsternannte Migrantenveterane beschwören zunehmend einen neuen Kulturkampf. Sie schaden einer notwendigen Debatte, wenn sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Zuwanderer nur als Opfer sehen und dabei ständig aus einer vorgeblichen Opferperspektive heraus gegen Staat und Gesellschaft die Rassismuskeule schwingen.

Statt mit dem Bekenntnis zu dieser freiheitlichen Gesellschaft gemeinsame Zukunftsziele zu formulieren, wird aus einer unterstellten migrantischen Opferrolle heraus bewusst diese Demokratie verunsichert. Wer ständig die Rassismuskeule schwingt, der will die Mehrheitsgesellschaft in die Defensive zwingen. Dieser Angriff geht paradoxerweise vor allem von Personen aus, deren Vita man als erfolgreich bezeichnen kann.

Ich kenne keinen Staat, der seine Gegner so unterstützt wie Deutschland. Das ist eine selbstzerstörerische Integrationspolitik.

Falsch verstandene Toleranz

Es sind nicht die Migranten, die geknechtet und missachtet durch diese Republik laufen müssen. Ob christliche Nigerianer, jesidische Syrer, Bahai aus dem Iran oder Aleviten aus der Türkei – selbst liberale Muslime empfinden sich nicht als Opfer, weil sie keine Opfer sind. Sie empfinden sich als Teil der deutschen Gesellschaft – und ihr Lebensumfeld signalisiert ihnen täglich genau dieses.

Dahinter steckt die Agenda einer fundamentalistischen Ideologie, die ausgehend vom politischen Islam der Muslimbruderschaft und befördert durch den türkischen Präsidenten in die deutsche Gesellschaft gepflanzt wird. Linksliberale dienen als Wegbereiter. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft soll dazu gebracht werden, aus falsch verstandener Toleranz jede Forderung der Nationalislamisten zu erfüllen. Dass so das Fundament der freiheitlichen Demokratie zerstört wird, sehen viele nicht.

Wenn die Werte und Gepflogenheiten von Mehrheitsgesellschaft und Migranten als unvereinbar empfunden werden, entzünden sich Konflikte. In Deutschland ist dies derzeit der Fall, wenn es darum geht, welche Spielart des Islam mit der hiesigen Gesellschaft kompatibel sein kann. Der massive Vorstoß islamistischer Organisationen mit dem Ziel, islamisch begründete Normen im öffentlichen Raum durchzusetzen, spaltet die Gesellschaft und fordert dazu heraus, die Bedeutung der im Grundgesetz garantierten Freiheit des religiösen Bekenntnisses zu diskutieren, um ihre Instrumentalisierung zu verhindern. (Siehe Kopftuch-Debatte etc. Kinderkopftuch nicht Mal im Koran vorgesehen!)

Die wichtigste Errungenschaft der Aufklärung ist die Religionskritik.

Die Religionen können nicht einerseits immer mehr Platz im öffentlichen Raum beanspruchen, aber jede Religionskritik als Menschenfeindlichkeit oder Rassismus diffamieren und damit de facto unmöglich machen.

Religionsfreiheit war aber nur als Bekenntnisfreiheit gemeint. Nicht alles tun zu dürfen, nur weil eine Religion dies legitimiert!

Es heißt nicht, die Freiheit ihn nach Belieben auszuleben!

Bei uns stehen das Grundgesetz und die Menschenrechte über der Religion.

Dennoch haben sich in unserem Land Staat, Gesellschaft und die Kirchen auf eine religionsfreundliche Säkularität verständigt.

Das ist eines unserer hart erkämpften Errungenschaften und Grundpfeiler der Demokratie!  
"Zur Religionsfreiheit gehört aber letztlich auch die Religionskritik."  
Plötzlich soll das nicht mehr möglich sein?

Wer sich in Deutschland mit Rechten solidarisiert, zusammenarbeitet oder sogar mit ihnen nur redet, stellt sich außerhalb des demokratischen Werte-Konsens. Das gilt aber NUR im Falle der autochthonen Deutschen. Denn die deutsche Politik, Kirchen und Zivilgesellschaft reden tagtäglich ohne Einschränkungen mit rechten Migranten. Weder Politik oder Kirchen, noch die Zivilgesellschaft haben damit Probleme mit nationalistischen Verbänden bei der DIK, bei interreligiösen Dialogforen oder Kulturfesten zusammenzukommen. Nicht mal linke Parteien haben Probleme nationalistische Verbände auf ihren Parteitagungen oder Fraktionssitzungen reden zu lassen. Ja, sogar der Zentralrat der Juden ist da inkonsequent.

Warum diese doppelten Standards eigentlich?  
Alle Demokraten in Deutschland verlangen, dass Migranten alle politischen Rechte bekommen sollen, aber man darf von ihnen anscheinend nicht dieselben demokratischen Standards einfordern oder bei ihnen dieselben demokratischen Maßstäbe anlegen. Es ist an der Zeit, jede Zusammenarbeit mit Vertretern des politischen Islam und ausländischen Nationalisten in Deutschland zu beenden!  
Mit wem der Staat zusammenarbeitet, sendet ein Zeichen an die muslimische Community und die deutsche Mehrheitsgesellschaft.  
Viele Menschen in diesem Land integrieren sich gern. Von ihnen spricht man aber nicht. Stattdessen wird immer wieder der Migrant als Opfer des deutschen Rassismus beschworen. Natürlich ist mir auch bewußt, dass wir Rassismus in Deutschland haben, es ist jedoch kein spezifisch deutsches Problem. Rassismus kommt weltweit vor, denn es hat keine Nationalität. Von den Medien und bestimmten Kreisen wird einem suggeriert, als wäre Deutschland das Zentrum des Rassismus.

Statt die jungen Menschen mit Wurzeln aus anderen Ländern aufzufordern sich als Bürger mit diesem Staat zu identifizieren, wird in sie, die den Staat ablehnende Opferperspektive gepflanzt. Dabei sind Migranten weder ein monolithischer Einheitsblock, noch wollen sich Zuwandererkinder als Opfer sehen. Integration kann nur im Einvernehmen mit der Mehrheitsgesellschaft gelingen. Ohne Einsicht und ohne Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft für unser Anliegen werden wir keine politischen Mehrheiten für unsere berechtigten Anliegen gewinnen. Wenn wir mit unseren Forderungen nach Gleichberechtigung, Teilhabe und Anerkennung Unterstützung erhalten wollen, müssen wir eine selbstkritische Haltung einnehmen und nicht nur einseitig Forderungen an Staat und Gesellschaft stellen. Wenn wir Teil der Gesellschaft sein wollen, dann müssen wir auch Verantwortung für die Gesamtgesellschaft tragen und auch Missstände, die im Zusammenhang mit der Migration stehen, offen benennen. Anders werden gefühlte und tatsächliche Probleme nicht zu lösen sein. Dazu gehört es auch, den Begriff „Heimat“ in seinem positiven Kontext zu sehen. „Heimat“ ist mitnichten ein rückwärtsgewandter Begriff, wie von vielen Linken und deutschlandkritischen Migranten behauptet wird. Im Gegenteil: Die Frage nach dem, was

Heimat bedeutet, gehört zu den drängendsten unserer Zeit – auch und gerade für Menschen, die nicht schon immer hier leben. Heimat ist der Gegenbegriff zu Globalisierung. Es ist ein sinnvolles politisches Vorhaben, diesen Begriff mit seinen richtigen Inhalten zu beleben. Das neue Ministerium reagiert daher auf ein essenzielles Bedürfnis: "Heimat" greift Emotionen auf, die Sehnsucht nicht nur nach Überschaubarkeit, sondern nach Mitgestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes.

Dieses Land wird bei ALLEM, was entfernt mit dem Wort NATION zu tun hat, hysterisch, irrational und selbstquälerisch.

Was würde das Wort „international“ noch für einen Wert oder Sinn haben, wenn „-national“ darin fehlen würde? Das Problem ist nicht, dass es Nationen gibt, sondern, dass es nach zwei Weltkriegen immer noch Idioten gibt, die ihre Nation über andere erheben. Weder Heimat noch Nation, sollte man diesen Idioten überlassen!

Wir haben es versäumt in den letzten 50 Jahren der Einwanderung nach Deutschland den Menschen, die sich für dieses Land entschieden haben eine Bürgeridentität anzubieten. Stattdessen bieten deutsche Schulen mittlerweile Burkinis für muslimische Mädchen an. Ich hatte vor einigen Jahren in einem „Zeit“-Beitrag meine Beziehung zu Deutschland wie folgt beschrieben: „Ich habe mir meine Eltern mit »Migrationshintergrund« nicht ausgesucht – für die deutsche Staatsbürgerschaft hingegen habe ich mich bewusst entschieden. Ich habe mich für dieses Land und seine Menschen entschieden, für seine Landschaft, seine Kultur, auch für die dunklen Kapitel seiner Geschichte und für die Größe, damit umzugehen. Diese Geschichte ist jetzt auch meine Geschichte. Es mag pathetisch klingen, aber ich habe Deutschland umarmt.“

Aber zunehmend fühlen sich gerade Menschen, wie ich, die ich als die Angekommenen bezeichne in Deutschland von Politik und anderen gesellschaftlichen Akteuren wie Kirchen, Stiftungen und Gewerkschaften allein gelassen, weil wir das Gefühl haben, dass man hier nicht mehr in der Lage ist die eigenen freiheitlichen Werte zu verteidigen.

Wenn es um unsere Freiheit und Demokratie, wenn es um die Gleichberechtigung der Frau und um Antisemitismus geht, gibt es nichts zu verhandeln!!!

Es gibt unverhandelbare Werte!

Wer dies nicht akzeptiert hat sich leider das falsche Land ausgesucht.

So klar muss das sein, wenn wir nicht gegen den politischen Islam auf sich verlieren wollen! Daher möchte ich auch ihrem Gast vom letzten Jahr dem Sozialphilosophen Hans Joas in einem Punkt widersprechen. Er erklärte, es komme darauf an, dass alle gesellschaftlichen Gruppen das Gefühl hätten, gehört zu werden und mitgestalten zu können. Bis hierhin bin ich d'accord mit ihm.

Aber seiner nächsten These kann ich nicht zustimmen:

Für den Zusammenhalt einer Gesellschaft seien Teilhabe und Wohlstand wichtiger als ein gemeinsamer Wertekanon, sagte er in einer Rede. Dies habe sich etwa in den Aufbaujahren der Bundesrepublik gezeigt, in denen die zustimmende Haltung zur Demokratie durch das Wirtschaftswunder gestützt worden sei.

Für kulturell homogene Gesellschaften mag das vielleicht so zutreffen, aber in einer zunehmend multireligiösen und multiethnischen Gesellschaft brauchen wir eine Basis von Grundwerten, damit das Zusammenleben funktioniert....“

<https://www.facebook.com/41509493347/posts/10156383448173348?sfns=mo>